



Hans-Peter Mayer MdEP



## Straßburg Aktuell

Nr. 79 - Plenarwoche 02. - 06. Februar 2009

Informationen Ihres Europaabgeordneten  
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



### I. Allgemeine Informationen: Europa tritt entschlossen für Frieden in Gaza ein

Angesichts der festgefahrenen Situation in dem seit Wochen andauernden Gaza-Konflikt, sprach nun der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, vor dem Europäischen Parlament (EP) in Straßburg. Er berichtete über die Grausamkeiten des noch andauernden Konfliktes und betonte den Wunsch seines Volkes nach dauerhaftem Frieden. Der Besuch von Abbas im EP würdigt die wichtige Rolle der EU als Vermittler und unterstreicht, dass die Europäische Union weder einseitig für die israelische noch für die palästinensische Seite Partei ergreift. Die Entschlossenheit Europas sowie der politische Wille zahlreicher arabischer Partnerländer zeigen, dass eine Wiederbelebung und ein erfolgreicher Abschluss des Friedensprozesses möglich sind. Dies muss auf Grundlage der jüngsten Resolution des UN-Sicherheitsrates sowie der arabischen Friedensinitiative geschehen. Schon in der vorherigen Plenarwoche betonte das EP die wichtige Funktion der EU als Friedensunion, als es mit breiter Mehrheit seiner Mitglieder und fraktionsübergreifend eine Resolution zur Lage im Gaza Streifen verabschiedete. Kernpunkte dieser Resolution sind die Aufforderung an beide Konfliktparteien, die militärischen Auseinandersetzungen umgehend einzustellen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren sowie die Feststellung, dass die israelische Militäroffensive in Reaktion auf den fortgesetzten Raketenbeschuss erfolgt ist. Damit hatten die Abgeordneten des EP noch einmal deutlich gemacht, dass ein Waffenstillstand nur möglich ist, wenn beide Seiten von weiteren Feindseligkeiten absehen.

### II. Das EP hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

#### 1. Strategische Analyse der EU-Energiepolitik

Infolge der jüngsten Gaskrise zwischen der Ukraine und Russland, die zu Versorgungsengpässen in der EU führte, fordert das EP tiefgreifende Konsequenzen in der europäischen Energiepolitik. In seinem Bericht zur zweiten strategischen Analyse der EU-Energiepolitik stimmt das EP unter anderem für verpflichtende nationale und europäische Notfallpläne bei Versorgungsengpässen, den Aufbau eines gemeinsamen europäischen Strom- und Gasnetzes sowie neue Klimaschutzziele für 2050, einschließlich eines Anteils von 60 Prozent erneuerbaren Energien. Darüber hinaus forderten die Abgeordneten, dass Atomkraft auch weiterhin Teil des Energiemixes bleiben soll. Atomenergie sollte auf dem höchsten technisch erreichbaren Sicherheitsniveau genutzt werden.

#### 2. Empfehlungen des EP für die künftige integrierte Klimaschutzpolitik

Nach Ansicht des EP sind die gerade erst beschlossenen Klimaschutzziele der EU möglicherweise nicht ausreichend. In dem mit großer Mehrheit verabschiedeten Bericht betonen die Abgeordneten, dass mit Verboten und Sanktionen wenig zu erreichen ist. Vielmehr müssen Innovation, Motivation und eine Bewusstseinsänderung erreicht werden. Da der Klimawandel schneller verläuft als angenommen, plädierten die Abgeordneten dafür, den Treibhausgasausstoß bis 2020 um 25% bis 40% gegenüber 1990 zu vermindern und bis 2050 um mindestens 80%. Bisher hatte sich die EU auf

eine Reduktion von 20% bis 2020 geeinigt. Um die ehrgeizigen neuen Ziele zu erreichen, fordert das EP unter anderem Investitionen in klimafreundliche Technologien sowie "energieneutral" gebaute Wohnhäuser bis 2015 und öffentliche- und gewerbliche Gebäude bis 2020.

### **3. Sanktionen gegen Personen, die illegale Einwanderer beschäftigen**

Das EP hat dem mit dem Ministerrat vereinbarten Kompromiss zur Richtlinie über Sanktionen gegen Personen, die Drittstaatsangehörige ohne legale Aufenthaltsgenehmigung beschäftigen, zugestimmt. Die Richtlinie ist Teil der Bemühungen der EU um eine umfassende Migrationspolitik. Derzeit arbeiten etwa fünf bis acht Millionen Einwanderer illegal in Europa und werden dabei häufig ausgebeutet. Die EU-Staaten müssen künftig nicht nur Geldbußen für die Beschäftigung illegaler Einwanderer festlegen, sondern auch für regelmäßige Inspektionen in den Betrieben sorgen. Bisher gelten erst in 19 der 27 Mitgliedstaaten strafrechtliche Sanktionen für die Beschäftigung illegaler Einwanderer. Darüber hinaus werden diese Strafen oft nicht durchgesetzt. Das künftige härtere Vorgehen gegen Schwarzarbeit ist auch für die Wettbewerbsgerechtigkeit wichtig.

### **4. Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornographie**

Mit großer Mehrheit verabschiedete das EP einen Bericht zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornographie. Nach dem Willen der Abgeordneten sollte das Schutzniveau angehoben und Sanktionen verschärft werden. Das Hauptaugenmerk des Berichts richtet sich auf Pädophilie im Internet und Sextourismus. Neue Formen von Annäherungsversuchen an Minderjährige über das Internet zu sexuellen Zwecken, das sogenannte "Grooming", sollen künftig als Straftat eingestuft werden. Ebenso fordert das EP, dass Sextourismus in allen Mitgliedstaaten als Verbrechen gewertet werden muss. Alle EU-Bürger, die in einem Mitgliedstaat oder einem Drittstaat eine Sexualstraftat mit Kindesmissbrauch begehen, sollen künftig strafrechtlich verfolgt werden können. Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten mittels eines verpflichtenden Informationsaustausches künftig verbessert werden.

### **5. Entschließung zur Rückführung und Neuansiedlung von Guantanamo-Häftlingen**

In einer Entschließung hat das EP die Aufnahme von Guantanamo Häftlingen in die EU befürwortet, falls die USA ein solches Ersuchen stellen. Gleichzeitig stellten die Parlamentarier aber fest, dass die Hauptverantwortung bei den Vereinigten Staaten liegt. Die Schließung von Guantanamo ist ein wichtiger Schritt hin zu rechtsstaatlichen Verhältnissen bei der Terrorismusbekämpfung. Die CDU/CSU-Gruppe im EP lehnt eine Aufnahme von Häftlingen aus dem Gefangenenlager jedoch ab. Häftlingen, gegen die Beweise vorliegen, sollte in den USA der Prozess gemacht werden. Da wo die Beweise nicht ausreichen, stehen die Vereinigten Staaten in der alleinigen Verantwortung. Darüber hinaus birgt eine Aufnahme solcher Personen, aufgrund der innerhalb der EU geltenden Personenfreizügigkeit, ein nicht kalkulierbares Sicherheitsrisiko.

### **III. Weitere Themen waren u.a.:**

- Unberührte Naturlandschaften in Europa
- Agenda für eine nachhaltige Zukunft der allgemeinen Luftfahrt und der Geschäftsreiseluftfahrt
- Informations- und Absatzförderung für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern
- Stärkung der Rolle europäischer KMU im internationalen Handel
- Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit China
- Inverkehrbringen und Verwendung von Futtermitteln
- Verbesserung der Energieeffizienz durch Informations- und Kommunikationstechnologien

---

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://eur-lex.europa.eu/>

---

**Europabüro**, Oldenburger Str. 97, 49377 Vechta, Tel.: 044 41/90 99 09, Fax: 044 41/90 99 10, E-Mail: [info@europa-mayer.de](mailto:info@europa-mayer.de)  
**Europäisches Parlament**, Büro ASP 15 E 154, Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Tel.: 0032-2-284-7994, Fax: 0032-2-284-99 94  
E-Mail: [hans-peter.mayer@europarl.europa.eu](mailto:hans-peter.mayer@europarl.europa.eu) und Internet: [www.europa-mayer.de](http://www.europa-mayer.de)